

Europa-Kommunikation & Europäische Vorausschau

Überarbeitetes Konzept von April 2010

Zusammenfassung:

Europapolitik ist in hohem Maße innenpolitisch relevant – diese Bedeutung muss von allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren erkannt, behandelt und hervorgehoben werden, wenn Deutschland seine Interessen in einem erweiterten Europa wirkungsvoll vertreten und umsetzen will. Dazu ist es von existenzieller Bedeutung, eine inhaltliche und organisatorische Rückkopplung zwischen dem politischen Parkett in Brüssel und dem in Berlin sicherzustellen. Durch die Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in der Europapolitik muss einer wirkungsvollen Interessensvertretung eine intensive Europa-Kommunikation voraus gehen.

Mit seinen aktuell 171 Mitgliedsorganisationen ist die Europäische Bewegung Deutschland seit 60 Jahren das **Netzwerk der deutschen organisierten Zivilgesellschaft**.

In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, mit mittlerweile etablierten Instrumenten (**EU-Briefing, EU-De-Briefing, EU-Analyse und EU-Stammtisch**) eine neue Form des europapolitischen Dialogs in Deutschland zu ermöglichen, bei dem alle relevanten Partner – Bundesministerien, Interessengruppen wie auch die Europäische Kommission – sich frühzeitig über aktuelle Entwicklungen in der Europapolitik informieren und sich einem intensiveren Dialog konstruktiv öffnen und stellen. Die Durchführung einer halbjährigen Mitgliederbefragung (**Netzwerk EBD – Halbjahresumfrage**) jeweils zu Beginn einer EU-Ratspräsidentschaft ergänzt dieses Angebot. Darüber hinaus fördert das Netzwerk EBD die internationale Vernetzung der organisierten Zivilgesellschaft in Kooperation mit dem European Movement International (EMI).

Mit den Kernfunktionen Früherkennung europapolitischer Entwicklungen, Aufbereitung und Weiterleitung von Informationen sowie Übernahme einer aktiven Rolle als Forum der Interessenvermittlung wendet sich das Netzwerk EBD an die folgenden Zielgruppen: Mitgliedsorganisationen, Interessensverbände, nationale Entscheidungsebenen (Bundesregierung und Parlament) sowie europäische Gremien/Institutionen.

Vor dem Hintergrund des Vertrags von Lissabon ergeben sich neue Herausforderungen für die Europa-Kommunikation und die europapolitische Interessensvermittlung in Deutschland. Um die definierten Kernfunktionen der „**rückgekoppelten Europa-Kommunikation**“ für die Zielgruppen weiterhin erfolgreich durchführen zu können, müssen die vorhandenen Aktivitäten und Instrumente der EBD erweitert werden.

Inhaltsübersicht:

1	Hintergrund	3
2	Good Governance und Kommunikationspolitik	3
3	Deutsche organisierte Zivilgesellschaft und Europapolitik	4
3.1	Ausgangslage in Deutschland.....	4
3.2	Internationale Vernetzung der organisierten Zivilgesellschaft	5
4	Aufgaben und Funktionen des Netzwerks EBD	5
4.1	Kernfunktionen gegenüber den EBD-Mitgliedsorganisationen	6
4.2	Kernfunktionen gegenüber der europapolitischen Koordinierung der Bundesregierung und dem Bundestag und Bundesrat.....	6
4.3	Zwischenfazit.....	6
5	Maßnahmen und Module der Europa-Kommunikation	6
5.1	EU-De-Briefings, EU-Briefings und EU-Analyse	7
5.2	EU-in-Brief Online Paper.....	8
5.3	Europa-Profil & Europa-News	8
5.4	EBD-Newsletter.....	8
5.5	Netzwerk EBD Halbjahresumfrage	8
5.6	EU-Stammtisch - Brüssel in Berlin	9
5.7	Runder Tisch Europa-Kommunikation.....	9
6	Fortentwicklungen	9
6.1	EP-Aktuell	9
6.2	EU-Regional.....	10
6.2.1	Instrument: Kommunikationsformate	11
6.3	Forum Europapolitische Kommunikation in Deutschland	11
7	Kommunikationsprojekte im gesellschaftlichen Raum	12
7.1	College of Europe	12
7.2	Europäischer Wettbewerb.....	12
7.3	Preis Frauen Europas – Deutschland	13

1 Hintergrund

Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland hat sich in den letzten Jahren als **Forum für die koordinierte Europa-Kommunikation der organisierten Zivilgesellschaft** etabliert. Basis sind der partnerschaftliche Dialog und die kontinuierliche Zusammenarbeit mit Akteuren des europapolitischen Koordinierungs- und Entscheidungsprozesses.

Seit dem Frühjahr 2005 haben insbesondere die Veranstaltungen der **EU-Briefings, EU-De-Briefings** und die **EU-Analysen** zur erfolgreichen Vernetzung der Mitgliedsorganisationen untereinander aber auch mit der Bundesregierung und der Europäischen Kommission beigetragen. Diese Rolle der EBD soll weiter entwickelt und gestärkt werden.

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon sowie des durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verabschiedete **Integrationsverantwortungsgesetz** sollen die Parlamente, **Deutscher Bundestag** und das **Europäische Parlament**, stärker in die Arbeit der EBD einbezogen werden.

Wichtige Grundlage der Arbeit des **Netzwerks EBD** werden weiterhin die europapolitischen Aktivitäten und die Erwartungen der Verbände und Organisationen der organisierten Zivilgesellschaft im Bereich der Europapolitik und der koordinierten Europa-Kommunikation sein.

2 Good Governance und Kommunikationspolitik

Auf europäischer Ebene wurde in den letzten Jahren verstärkt die Bedeutung des **Good Governance** betont. Gleichzeitig wurden zahlreiche Maßnahmen zu einer verbesserten **öffentlichen Kommunikation** und zu einem intensivierten **Dialog** durchgeführt.

Im **Weißbuch „European Governance“ (2001)** heißt es: „Gutes Regieren [beruht] auf fünf Grundsätzen: **Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effektivität und Kohärenz**. [...] Sie gelten indessen für alle Regierungsebenen - die globale, europäische, nationale, regionale und lokale Ebene“. Die Qualität, Relevanz und Effektivität der Politik der EU hänge davon ab, inwieweit die relevanten Akteure in den Politikgestaltungsprozess - von der Konzipierung bis zur Durchführung - mit einbezogen würden. Die zentralen Regierungsebenen in den Mitgliedstaaten sollten bei der Entwicklung und Durchführung ihrer Politik nach einem **„einschließenden“ Konzept** vorgehen: „Eine Politik wird künftig nur dann wirksam sein, wenn in ihre Vorbereitung, Anwendung und Durchsetzung möglichst viele Akteure einbezogen werden“.

Das alte lineare Modell, bei dem die Politik von oben herab verkündet werde, müsse durch einen **circulus virtuosus** ersetzt werden, einen Spiralprozess, der - von der Gestaltung bis zur Durchführung der Politik - **auf Rückkoppelung, Netzwerken und Partizipation** auf allen Ebenen beruhe. Dabei betont das Weißbuch die Bedeutung europäischer Netzwerke, die eine neue Grundlage für die Integration innerhalb der Union bildeten.

Aus diesen Forderungen und Grundsätzen leitet sich ein Selbstverständnis ab, das sich auch in den zahlreichen Initiativen zu einer Reform der **Kommunikationspolitik** der EU widerspiegelt. So wird im **Weißbuch zur Kommunikation (2006)** gefordert, dass die nationalen Regierungen verstärkte Anstrengungen unternehmen die Bürger zur europäischen Politik und deren Auswirkungen stärker zu **konsultieren und informieren** und gleichzeitig „Foren zur Belebung dieser Diskussion zu schaffen“. Dabei wird die Bedeutung der **Organisationen der Zivilgesellschaft** hervorgehoben. Kommunikation sollte unter Einbeziehung der Bürger in beide Richtungen verlaufen („two-way-flow“). Insbesondere die lokale Ebene sollte stärker berücksichtigt werden, während die Brüssel-Zentrierung zurückgefahren werden sollte.

Der **Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion** sollte eine grundsätzliche Diskussion zwischen der EU und den Bürgern anregen. Aufbauend darauf hat die Kommission

im Jahr 2008 die Aktion **Debate Europe** gestartet, um eine kontinuierliche Debatte über die Zukunft der EU zu erwirken.

Im Jahr 2005 wurde durch das Grünbuch zur Europäischen **Transparenzinitiative** ein Anstoß für Maßnahmen zur größeren Transparenz in der Interessenvertretung (Lobbying) gegeben. Zudem wurden Mindeststandards für Konsultationen der Kommission festgelegt. Dabei wird einerseits betont, dass Interessensvertretung notwendig ist, gleichzeitig aber eine höhere Transparenz eingefordert. Die Öffentlichkeit müsse über Möglichkeiten verfügen, die Beziehungen zwischen der Kommission und den Interessensvertretern zu kontrollieren.

In der Mitteilung der Kommission „**Partnerschaft für die Kommunikation über Europa**“ aus dem Jahr 2007 heißt es: „Die Kommunikationstätigkeit der Kommission zielt darauf ab, **Austausch, Debatten und Verständnis** zwischen europäischen Institutionen, der Öffentlichkeit, der **organisierten Zivilgesellschaft** und einzelnen Zielgruppen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu schaffen bzw. zu fördern“. In Artikel 11 (2) EUV heißt es: „Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“.

Das **Netzwerk EBD** leistet einen Beitrag in Deutschland, um diesen Austausch zwischen organisierter Zivilgesellschaft, der Bundesregierung und der Europäischen Kommission zu fördern und gleichzeitig transparenter zu gestalten.

3 Deutsche organisierte Zivilgesellschaft und Europapolitik

Die EBD versteht sich als das **Netzwerk der organisierten Zivilgesellschaft im Bereich der Europapolitik** in Deutschland. Das Netzwerk EBD fördert die **europapolitische Kommunikation** zwischen der organisierten Zivilgesellschaft und den Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik. Gleichzeitig unterstützt die EBD die Kommunikation zwischen den europapolitisch Handelnden in Brüssel und Berlin.

Durch die Struktur seiner Mitgliedsverbände und -organisationen, die in der Europapolitik eine hohe Expertise und Präsenz haben, heißt der Auftrag für das Netzwerk EBD: Europa-Kommunikation im **Dialog** und in **Vernetzung** mit allen Akteuren auf nationaler und europäischer Ebene.

3.1 Ausgangslage in Deutschland

Das nationale deutsche europapolitische Entscheidungs- und Koordinierungssystem zeichnet sich weiterhin durch eine **stark dezentrale Organisation** und das Mitwirken einer **Vielzahl von Akteuren** aus (verschiedene Ministerien, Bundeskanzleramt, Bundestag sowie die Bundesländer über den Bundesrat). Die dadurch bedingte **späte nationale Entscheidungsfindung** wird in Zukunft durch den vom Vertrag von Lissabon neu einzuführende Mechanismen wie dem so genannten **Frühwarnmechanismus zur Subsidiaritätskontrolle** eher noch verstärkt. Das **Integrationsverantwortungsgesetz** betont die bedeutende Rolle des Deutschen Bundestages und hebt die Verantwortung des Parlaments hervor, indem eine stärkere (frühzeitigere) Einbeziehung festgeschrieben wird. Auch die den nationalen Parlamenten eingeräumte Frist von acht Wochen zur Stellungnahme verlängert das Gesetzgebungsverfahren und kann zu weiteren Blockaden im Gesetzgebungsprozess führen.

Die Vertretung nationaler Interessen wird dadurch immer schwieriger. Gerade in einer Union mit 27 Mitgliedstaaten steigt angesichts der Vielzahl von nationalen Interessen und der vermehrten Entscheidungsfindung auf den unteren Arbeitsebenen des Ministerrats der **Zwang zur frühzeitigen Auseinandersetzung mit der europapolitischen Agenda**, um die Verhandlungen im Ministerrat effektiv mitzugestalten. Zwangsläufig

wird sich die **Reaktionsgeschwindigkeit und Handlungsbereitschaft nationaler Entscheidungsträger weiter erhöhen** müssen.

Mit der **Europäischen Bürgerinitiative** wird zudem erstmals ein Element der direkten Partizipation im Vertrag verankert. Es bleibt abzuwarten, welche Möglichkeiten zur Teilhabe durch die Bürgerinitiative tatsächlich geschaffen wurden. Im **Grünbuch zur Bürgerinitiative (2009)** heißt es: „Die Umsetzung der Bürgerinitiative wird zu einer besseren Einbindung der Bürger und der **organisierten Zivilgesellschaft** in die Gestaltung der EU-Politik beitragen“.

3.2 Internationale Vernetzung der organisierten Zivilgesellschaft

Deutsche Lobbyisten und Interessenvertreter erkennen im zunehmenden Maße die Bedeutung des **Standorts Brüssel**. Entsprechend nehmen deren Aktivitäten in Brüssel weiter zu. Die Veränderungen durch den **Vertrag von Lissabon** steigern aber auch die Relevanz Berlins und insbesondere des Bundestags für Interessensvertreter. Durch die gestärkte Rolle des **Europäischen Parlamentes** werden sich Interessensvertreter auch in Brüssel umorientieren müssen. Insgesamt erhöht sich damit die Komplexität, und die **Rückkopplung zwischen Berlin und Brüssel** gewinnt weiter an Bedeutung.

Der verstärkte Aufbau der Brüsseler Büros von Unternehmen und Verbändevertretern geht seit einiger Zeit vermehrt zu Lasten der deutschen Zentralen, zumeist in Berlin. Für die institutionellen und zivilgesellschaftlichen Akteure ist es somit gegenseitig von Vorteil die Zusammenarbeit in Deutschland zu verbessern.

Der beratende Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) stellte 2004 gegenüber dem Netzwerk EBD fest, dass **„Deutschland im Gespräch zwischen den organisierten Zivilgesellschaften der EU-Mitgliedstaaten nahezu abwesend ist“**. Dies sei im Fehlen einer deutschen Institution (oder Struktur) begründet, die einerseits den Konsens der zivilgesellschaftlichen Akteure organisiert und zum Ausdruck bringt, und andererseits als Partner der nationalen Wirtschafts- und Sozialräte zur Verfügung steht. **Nationale Wirtschafts- und Sozialräte**, die jeweils die Vertreter der repräsentativen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den verschiedensten Bereichen zusammenfassen, bestehen heute in 21 Mitgliedstaaten der EU (außer in Deutschland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Zypern und Lettland).

In Artikel 300 EUV heißt es: „Der Wirtschafts- und Sozialausschuss setzt sich zusammen aus Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie anderen Vertretern der Zivilgesellschaft, insbesondere aus dem sozio-ökonomischen, dem staatsbürgerlichen, dem beruflichen und dem kulturellen Bereich“. Da in Deutschland kein Wirtschafts- und Sozialausschuss besteht, bildet das Netzwerk EBD (ohne die Mitgliedsparteien) in Deutschland den einzigen Zusammenschluss der organisierten Zivilgesellschaft.

4 Aufgaben und Funktionen des Netzwerks EBD

Grundsätzlich erfüllt das Netzwerk EBD im Bereich der Interessensvermittlung bzw. -kommunikation **drei Kernfunktionen**:

- (1) Die Früherkennung europapolitischer Entwicklungen;
- (2) Die Aufbereitung und Weiterleitung von Informationen;
- (3) Eine aktive Rolle als Forum der Interessensvermittlung.

Diese Kernfunktionen werden gegenüber allen relevanten Akteuren wahrgenommen: den Mitgliedsorganisationen des Netzwerks EBD, den nationalen Entscheidern (Bundesregierung und Parlament) sowie gegenüber den europäischen Gremien.

4.1 Kernfunktionen gegenüber den EBD-Mitgliedsorganisationen

Im Netzwerk EBD können Mitgliedsorganisationen ihre vielfältige europapolitische Expertise in einem „Wissenspool“ zur **Früherkennung europapolitischer Entwicklungen** einbringen. Auf diese Weise können Entwicklungen aus unterschiedlichen europapolitischen Bereichen frühzeitig identifiziert und im Austausch mit anderen Mitgliedern weiterentwickelt werden. Dies erleichtert die Vorbereitung der Interessenvertretung auf nationaler und europäischer Ebene und verhindert, nur ex-post auf Beschlüsse reagieren zu können.

Dieser Wissenspool ist in erster Linie das Internet. Hier werden die **Informationen der Mitgliedsorganisation veröffentlicht** und darüber hinaus im Rahmen einer **internen Öffentlichkeitsarbeit für die Mitgliedsorganisationen weitergeleitet**. Die Internetpräsenz der EBD wurde dazu in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut.

4.2 Kernfunktionen gegenüber der europapolitischen Koordinierung der Bundesregierung und dem Bundestag und Bundesrat

Auf der Basis der gesammelten europapolitischen Expertise seiner Mitgliedsorganisationen tritt das Netzwerk EBD in regelmäßigen Dialog mit den europapolitischen Koordinierungsstellen und stimmt die Erkenntnisse mit diesen ab. Ziel ist es, gemeinsam diese **europapolitischen Entwicklungen frühzeitig zu erkennen**, zu bewerten und Handlungsoptionen zu entwickeln. Das Netzwerk EBD stellt Bundesregierung und Parlament die **Informationen so zur Verfügung**, dass schnell entschieden werden kann, wo Handlungsprioritäten entstehen.

Das Netzwerk EBD ist auf Basis der beiden anderen Kernfunktionen in der Lage, mit den europapolitischen Koordinierungsstellen Arbeitsgruppen bzw. Taskforces zu bilden und einen nationalen Entscheidungsprozess aktiv und kreativ zu begleiten. Damit kann die EBD dazu beitragen, dass eine **Interessenvermittlung** der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland erleichtert wird.

4.3 Zwischenfazit

Das Netzwerk EBD fungiert als **Lieferant von Informationen** zu europapolitischen Entwicklungen, auf deren Grundlage die Mitgliedsorganisationen deren spezifische Agenda verfolgen können. Darüber hinaus wird durch die **transparente Vermittlung** der Positionen eine verstärkte Kooperation zwischen einzelnen Mitgliedern ermöglicht und den Akteuren der europapolitischen Koordinierung von Bundesregierung und Parlament ein Überblick über die **Interessenlage der zivilgesellschaftlichen Akteure** geliefert. Auf dieser Basis wird der politische Entscheidungsprozess in der deutschen Europapolitik sinnvoll ergänzt und unterstützt.

Das Netzwerk EBD übernimmt auf Basis der beiden Kernfunktionen die Rolle als **Forum der Interessenvermittlung** in der Politikbegleitung und intensiviert die Kommunikation zwischen allen Partnern.

5 Maßnahmen und Module der Europa-Kommunikation

In den letzten Jahren wurden die Veranstaltungsformate **EU-Briefings, EU-Analyse** sowie **EU-De-Briefing** mit großem Erfolg etabliert. Dies hat entscheidend zu einer Verbesserung der Interessensvermittlung in der deutschen Europapolitik beigetragen. Die **EBD-Halbjahresumfrage** wurde als weiteres Instrument der europapolitischen Vorausschau in den letzten Jahren jeweils zu Beginn einer Ratspräsidentschaft durchgeführt. Damit konnte die Früherkennung von europapolitischen Themenkomplexen weiter verbessert werden und die Interessensvermittlung erleichtert werden.

Am 11. November 2009 erhielt das Netzwerk EBD für seine Arbeit den „EurActiv Award for Debating Europe Nationally“. Das Netzwerk EBD wurde als beste Organisation in Europa ausgezeichnet, der es gelungen sei, ein Modell für politische Kommunikation zu entwickeln, das komplexe europapolitische Prozesse in einem nationalen Dialog zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Gruppierungen erläutert und damit frühzeitig Informationen über die europäische Meinungsbildung der Zivilgesellschaft zur Verfügung stellt.

5.1 EU-De-Briefings, EU-Briefings und EU-Analyse

Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland hat erstmalig am 24. März 2005 in Berlin ein **EU-Frühstück - Brüssel in Berlin** organisiert. Die Veranstaltungsreihe bildet durch regelmäßige **Briefings** und **De-Briefings** zu aktuellen Themen der europapolitischen Agenda die Brücke zwischen der Europapolitik der deutschen Bundesregierung und der organisierten Zivilgesellschaft.

Ein **EU-De-Briefing** wird jeweils am ersten Arbeitstag nach einer Sitzung des Europäischen Rates oder eines Fachrates veranstaltet. Die Referenten sind zumeist Europa-Abteilungs- oder Referatsleiter der jeweiligen Ministerien. Sie informieren über die Ergebnisse des Rates und stehen als Ansprechpartner zur Verfügung. Mittlerweile finden EU-De-Briefings zu sieben Ratsformationen statt. Die Teilnehmerstärke schwankt zwischen ca. 30 bei manchen Fachräten und bis zu 130 bei Europäischen Räten.

EU-Briefings finden jeweils zu Beginn einer Ratspräsidentschaft statt und geben eine Vorausschau auf die Agenda der Präsidentschaft. Zu Beginn einer Trio-Präsidentschaft wird zudem die Agenda der nächsten drei Präsidentschaften unter Beteiligung der jeweiligen Botschaften vorgestellt. Die Veranstaltungen finden in Kooperation mit der Botschaft der jeweiligen Präsidentschaft statt. EU-Briefings werden im Durchschnitt von ca. 140 Gästen besucht. Zusätzlich gibt die EBD zu jeder Ratspräsidentschaft einen Kalender heraus, der die wichtigsten Termine im nächsten halben Jahr ankündigt.

EU-Analysen ergänzen dieses Angebot der Vorausschau. Die Veranstaltungen dienen den Vertretern der Interessengruppen dazu, bei konkreten europäischen Gesetzesinitiativen schon während des offiziellen Konsultationsprozesses kritisch und konstruktiv Stellung nehmen zu können – und dies im Dialog mit der Europäischen Kommission (zumeist ist die Autorin / der Autor des Grünbuches anwesend) und der Bundesregierung. Die EU-Analysen werden im Durchschnitt von ca. 50 Gästen besucht.

Ein **mittelfristiges** Ziel ist es, gemeinsam mit einer Vielzahl von Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft, Unternehmen und der Politik bereits in der vorlegislativen Phase der EU-Rechtsetzungsvorhaben (durch Kommission und Europäischen Rat) Themen zu identifizieren, bei denen eine deutsche Position abgestimmt, und die Interessen der organisierten Zivilgesellschaft mit einbezogen werden sollten. Behandelt werden im Prinzip alle **legislativplanerischen Akte**, einschließlich der Grün- und Weißbücher der Europäischen Kommission. Ziel ist daher die „**Früherkennung**“ von vorlegislativen Prozessen, die für einzelne Gruppen der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland relevant werden.

Während der Briefings werden die sogenannten Chatham House Rules¹ angewandt. Diese Regel soll die inhaltliche Anonymität des Referenten garantieren und eine freie Diskussion zu den Fachthemen ermöglichen.

¹ "When a meeting, or part thereof, is held under the chatham house rule, participants are free to use the information received, but neither the identity nor the affiliation of the speaker(s), nor that of any other participant, may be revealed"

5.2 EU-in-Brief Online Paper

Bisher wurde im Format EU-in-Brief in unregelmäßigen Abständen ein Informationsangebot bereitgestellt. Themen der online publizierten **Kurzanalysen** waren zum einen Grünbücher der Kommission, die Arbeitsprogramme der Ratspräsidentschaften und die (Fach-) Ratstreffen.

Die **EBD plant dieses Format weiter auszubauen**. In Zukunft soll noch stärker auf das Know-how der Mitgliedsorganisationen zurückgegriffen werden: so können die verschiedenen Forschungsinstitute oder Think-Tanks, wie die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), das Institut für Europäische Politik (IEP) oder das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), aber auch andere Mitgliedsorganisationen und Persönlichkeiten Beiträge liefern. Das Online-Angebot kann abonniert werden.

5.3 Europa-Profile & Europa-News

Das Netzwerk EBD verstärkt die Darstellung der Europa-Profile und der europapolitischen Meldungen seiner Mitgliedsorganisationen auf www.europaeische-bewegung.de. Die **europapolitische Ausrichtung** jeder Mitgliedsorganisation sowie deren europapolitischen Aktivitäten werden auf einer separaten Seite dargestellt. Zusätzlich wird zukünftig die Positionierung der Mitglieder zu bestimmten Schwerpunktthemen in **Themenpools** dargestellt (z.B. Lissabon Strategie). Neben dem Internet werden auch der eMail-Newsletter und der RSS-Feed für die Verbreitung genutzt.

Anfang 2009 wurde der Bereich „**Europa-News der Mitgliedsorganisationen**“ im Internet ausgebaut (tägliche europäische Nachrichten der Mitglieder), so dass 2010 diese Informationen stärker mit der allgemeinen europapolitischen Agenda verglichen werden können. So kann der Dialog zu prä-legislativen Vorhaben intensiviert werden.

5.4 EBD-Newsletter

Über aktuelle Ereignisse sowie Berichte zu Initiativen und Aktivitäten in Bezug auf die Europa-Kommunikation in Deutschland wird im **EBD-Newsletter** in **regelmäßigen Abständen** informiert. Der EBD Newsletter wird aktuell von über 9.000 Personen abonniert. Zusätzlich nutzt die EBD Twitter, um über die eigenen Aktivitäten und die der Mitgliedsorganisationen zu informieren.

Der Newsletter informiert zudem über **Personalwechsel im Bereich der Europapolitik** wie z.B. Wechsel bei den Mitgliedsorganisationen, in Ministerien, in den Parlamenten, bei der Kommission, bei Verbänden und in Unternehmensrepräsentanzen.

5.5 Netzwerk EBD Halbjahresumfrage

Das Netzwerk EBD führt halbjährig, meist zu Beginn einer EU-Ratspräsidentschaft, die sogenannte Halbjahresumfrage unter seinen Mitgliedsorganisationen durch. Ziel der Umfrage ist, die **Erwartungen und Prioritäten der Mitgliedsorganisationen** zu erheben und damit den Dialog zwischen Interessensvertretern und Institutionen weiter zu intensivieren.

Ziel ist ein europapolitisches Stimmungsbild der deutschen Interessengruppen zu erheben und im Gegenzug die Mitgliedsorganisation zu sensibilisieren, sich stärker über die europapolitischen **Themen und Herausforderungen der kommenden Monate** auseinanderzusetzen. Die eigenen Standpunkte lassen sich somit frühzeitig gegenüber den Entscheidungsträgern in der Bundesregierung, den Parlament(en) und der Kommission vertreten.

Das Stimmungsbild unter den deutschen Interessengruppen in der Europapolitik wird mit der **Agenda und den Initiativen der jeweiligen Ratsformationen**, dem **Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission** und den **Erwartungen der Bundesregierung** abgeglichen. Die Ergebnisse werden während eines EU-Briefings, auf der Internetseite und im EBD-Newsletter präsentiert.

5.6 EU-Stammtisch - Brüssel in Berlin

Das Netzwerk EBD hat im Januar 2005 die Organisation des in Berlin mittlerweile fest etablierten „**EU-Stammtisch Brüssel in Berlin**“ übernommen. Der EU-Stammtisch fördert den **Dialog und Erfahrungsaustausch der (ehemaligen) Brüsseler Lobbyisten mit den EU-Praktikern in der Bundeshauptstadt** und stellt so einen Teil der Rückkopplung zwischen Brüssel und Berlin her. Außerdem werden regelmäßig EU-Akteure als Gäste eingeladen.

5.7 Runder Tisch Europa-Kommunikation

Ziel der Initiative Runder Tisch Europa-Kommunikation ist nicht nur die Europa-Kommunikation der beteiligten Akteure zu verbessern sondern zugleich die europapolitische Koordinierung insgesamt zu stärken. Der letzte „Runde Tisch Europakommunikation“ fand am 25. September 2008 statt. Daher sollte ein **neuer Anlauf** in der Zusammenarbeit der institutionellen Partner und der Zivilgesellschaft gestartet werden.

Grundsätzlich sollte der Teilnehmerkreis auf die wichtigsten Akteure der europapolitischen Kommunikation beschränkt und das Format des Treffens neu ausgerichtet werden. Der Runde Tisch sollte in erster Linie dazu dienen, eine effektive Vernetzung und einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Dabei kann ein zu weit gefasster Teilnehmerkreis kontraproduktiv sein.

Auch die trilateralen Gespräche zur europäischen Öffentlichkeitsarbeit zwischen Bundesregierung, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament sollten wieder aufgenommen werden. Die EBD kann als Gast weiterhin die Rolle eines Vermittlers zur organisierten Zivilgesellschaft wahrnehmen.

6 Fortentwicklungen

Vor dem Hintergrund des Vertrags von Lissabon ergeben sich Veränderungen für die Interessenvermittlung in der europapolitischen Kommunikation, die neue Formate nahelegen. Für die Zukunft erscheinen folgende Veranstaltungsformate sinnvoll: **EP-Brief**, **EU-Regional** und **Forum Europapolitische Kommunikation Deutschland**.

6.1 EP-Aktuell

Die Mitgliederversammlung der EBD hat im Juni 2009 folgenden Beschluss gefasst: „*Die parlamentarische Dimension der europäischen Integration soll künftig stärker im Konzept berücksichtigt werden. **Die starke Rolle des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsprozess sollte sich auch in Berlin widerspiegeln. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments ist hierfür unabdingbar.***“

Die jüngste Halbjahresumfrage des Netzwerk EBD hatte gezeigt, dass eine Mehrheit der Mitgliedsorganisationen besser über Entwicklungen im Europäischen Parlament informiert werden möchte. Auch vor dem Hintergrund des Integrationsverantwortungsgesetzes werden die Bundespolitik und die Interessenvertreter stärker und schneller auf europäische Entscheidungsprozesse eingehen müssen. Ziel eines neuen Veranstaltungsformats muss daher sein:

- Die Kompetenzen und Entscheidungsprozesse sowie die aktuellen Prozesse des Europäischen Parlamentes in der Bundespolitik/ in Berlin mit einem neuen Veranstaltungsformat sichtbar zu machen.
- Einen direkten und regelmäßigen Kontakt zu wichtigen Vertretern des Europäischen Parlaments zu ermöglichen, bei dem sich Interessensvertreter informieren können.
- Eine Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments aufzubauen, um einen Dialog mit den Interessengruppen zu ermöglichen.

Folgendes Format wäre wünschenswert:

Bei den Veranstaltungen unterrichten Vertreter/Berichtersteller des Europäischen Parlaments über aktuelle Entwicklungen in den Ausschüssen. Schattenberichtersteller und Koordinatoren (EP-Begriff für „Obmann/-frau“) sollten nur nach Abschluss des Abstimmungsprozesses im Ausschuss einbezogen werden. Vertreter der Mitgliedsorganisationen und anderer Interessengruppen können in einer Diskussionsrunde Nachfragen und Kommentare abgeben. Von deutscher Seite sollten zudem Vertreter von Fachausschüssen aus dem Deutschen Bundestag bzw. von Ausschüssen/ der Europakammer im Bundesrat hinzukommen. Eingeladen werden auch Botschaften und Vertreter der Bundesregierung.

Die Veranstaltungen finden in der Regel **zwischen der Beschlussfassung in den relevanten Ausschüssen und der Überweisung in das Plenum** des Europäischen Parlamentes statt.

Eine Umsetzung des Moduls ist nur in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und seinem Informationsbüro in Berlin denkbar. Im Gegensatz zu Vertretern der deutschen Bundesregierung (siehe EU-De-Briefings) können Mitglieder des Europäischen Parlamentes nur mit einem gewissen logistischen und finanziellen Aufwand in ein regelmäßiges Modul in der Bundeshauptstadt eingebunden werden. Daher ist die Koordination und Abstimmung mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments notwendig. Umgekehrt sollte das EP-Informationsbüro auf die langjährige Expertise des Netzwerks EBD beim Dialog mit der Zivilgesellschaft zugreifen. Vorbildlich für die Zusammenarbeit ist die Vertretung der Europäischen Kommission (EU-Analysen zu Grünbüchern, EU-Briefings zum Arbeitsprogramm).²

6.2 EU-Regional

Der Vertrag von Lissabon wird die nationalen Parlamente in erheblichem Maße stärken (Art. 12 EUV), und in Deutschland wird neben dem Bundestag auch der Bundesrat und somit die Länder größeren europapolitischen Einfluss, aber auch Verpflichtungen erhalten (Integrationsverantwortungsgesetz). Diese zunehmende Relevanz muss von allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren erkannt und öffentlich deutlich gemacht werden. Deshalb müssen in den Ländern und Regionen Deutschlands Strukturen geschaffen und gestärkt werden, die der steigenden Partizipation und Verantwortung gerecht werden.

Das Netzwerk EBD hat in den zurückliegenden Jahren auch in den Ländern sein Engagement ausgebaut. So wurden die regionalen Strukturen des Netzwerks EBD - die Landeskomitees - nach Kräften unterstützt. Die Landeskomitees entsprechen den räumlichen Grenzen eines Bundeslandes und wirken als ordentliche Mitglieder im Netzwerk EBD mit. Einige Landeskomitees werden durch die jeweilige Landesregierung unterstützt, einige arbeiten mit den Landesverbänden der überparteilichen Europa-Union eng zusammen. In einer Analyse der Ergebnisse in den zurückliegenden Jahren muss kritisch festgestellt werden, dass es bislang nicht gelungen ist, handlungsfähige Strukturen zu etablieren.

² Entsprechende Vorschläge an das EP-Informationsbüro wurden bislang nicht positiv beantwortet.

Nur einzelne Landeskomitees haben sich der Aufgabe einer notwendigen Vernetzung von Interessengruppen insbesondere in den Landeshauptstädten bislang gestellt.

Für eine wirkungsvolle Interessenwahrnehmung ist es von Bedeutung, eine inhaltliche und organisatorische Rückkopplung zwischen den Landeshauptstädten, Berlin und Brüssel bzw. Straßburg sicherzustellen. Aufgrund des Mehrebenensystems und der Vielzahl staatlicher und nichtstaatlicher Akteure bedarf es in den Ländern einer intensiven Europa-Kommunikation.

Das Netzwerk EBD wird vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen in den Ländern neue Initiativen ergreifen. In Hessen soll in enger Zusammenarbeit mit der Hessischen Landesregierung in der europapolitischen Kommunikation mit den Interessengruppen probeweise neue Instrumente angewendet werden.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Kommunikation ist alle relevanten Akteure und Zielgruppen zu identifizieren und zu erfassen. Dies umfasst Akteure in staatlichen Einrichtungen und Behörden, Abgeordnete der Landes- und Kommunalparlamente, Vertreter aus Verbänden, Unternehmen und Vereinen. Der Aufbau einer Adressdatenbank ist hierfür elementar.

6.2.1 Instrument: Kommunikationsformate

Es sollten Informations- und Dialogformate eingeführt werden, bei denen sich alle relevanten Partner – Landesministerien, Landtag, Behörden, Interessengruppen wie auch die Europäische Kommission – frühzeitig über aktuelle Entwicklungen in der Europapolitik informieren:

- 1) **Informationsveranstaltungen** nach Sitzungen des Europäischen Rates oder eines Fachrates: Ein Referent aus dem zuständigen Ministerium informiert die Interessengruppen bzw. interessierte Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Tagung und steht für Nachfragen bereit.
- 2) **Vorausschau auf die kommende Ratspräsidentschaft:** Zu Beginn einer Ratspräsidentschaft fasst ein Vertreter der amtierenden/kommenden Ratspräsidentschaft (Botschafter, Botschaftsvertreter) die Agenda der kommenden sechs Monate zusammen. Die Veranstaltungen können in Kooperation mit der Botschaft/dem Konsulat der jeweiligen Präsidentschaft stattfinden.
- 3) **Vorausschau auf europäische Gesetzesinitiativen:** Vertreter des zuständigen Ministeriums und der Europäischen Kommission informieren schon während des offiziellen Konsultationsprozesses (z.B. Grünbuch) über ein spezifisches Gesetzgebungsvorhaben. Vertreter aus den Interessengruppen können kritisch und konstruktiv Stellung nehmen.
- 4) **Abfrage der Prioritäten:** Die Landesregierung/das Landeskomitee fragt in regelmäßigen Abständen die europapolitischen Prioritäten und Erwartungen wichtiger Interessengruppen ab. Die Ergebnisse können öffentlich präsentiert werden (Veranstaltung, Presse). Die Umfrage gibt wichtige Hinweise für die Arbeit der Landesregierung/Fachressorts.

Entscheidend für den Erfolg aller Veranstaltungsformate wird sein, wie hoch die Relevanz der Informationen für das jeweilige Land ist.

6.3 Forum Europapolitische Kommunikation in Deutschland

Das Netzwerk EBD veranstaltet künftig einmal jährlich ein Forum zur europapolitischen Kommunikation in Deutschland. Bei der öffentlichen Veranstaltung werden **aktuelle Entwicklungen der europapolitischen Kommunikation** in Deutschland diskutiert.

Ziel ist eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema, bei der die beteiligten Akteure einmal jährlich Bilanz ziehen und ihre Arbeit rechtfertigen. Die Veranstaltung wird in Kooperation mit den Partnern der Verwaltungspartnerschaft (BPA, EPIO, Vertretung der Kommission) durchgeführt und sollte zum einen Vorträge beinhalten, aber gleichzeitig Raum für Diskussionen geben. Geladen werden hochkarätige Verantwortliche aus dem Bereich der europapolitischen Kommunikation in Deutschland, Wissenschaftler, aber auch Vertreter von Verbänden. Die Veranstaltung ist grundsätzlich öffentlich, sollte aber einen Mehrwert für die Mitgliedsorganisationen der EBD bieten.

7 Kommunikationsprojekte im gesellschaftlichen Raum

Das Netzwerk EBD hat seit seiner Gründung 1949 eine gesellschaftliche Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit übernommen, die bis heute in drei Projekten fortbesteht und sichtbar wird.

7.1 College of Europe

Das College of Europe ist das älteste und renommierteste Institut für postgraduierte „European Studies“ in Europa. Seit Gründung des College of Europe im Jahr 1949 haben viele Tausend Absolventen erfolgreiche Karrieren in Europäischen und internationalen Institutionen, Parlamenten, Unternehmen und Verbänden gestartet und auf diese Weise ein weltweites Netzwerk aus hochqualifizierten Alumni aufgebaut.

Die enge Kooperation des College of Europe mit den Brüsseler Institutionen sowie der exzellente Ruf der fachlichen Lehre sorgen dafür, dass jährlich etwa 400 Studenten aus mehr als 50 Ländern dieses erfolgreiche Netzwerk verstärken.

Seit 1949 führt das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland die Auswahl und Betreuung der deutschen Studierenden am College of Europe durch. Durch ihre vielfältigen Kontakte zu Institutionen der Europapolitik und guten Verbindungen zu Wirtschafts- und Berufsverbänden, Gewerkschaften, Bildungsträgern, wissenschaftlichen Institutionen, Stiftungen, Parteien und anderen Organisationen bildet die Europäische Bewegung Deutschland auch ein starkes Netzwerk für Studierende und Alumni.

7.2 Europäischer Wettbewerb

Der Europäische Wettbewerb wurde 1953 auf Initiative Frankreichs als "Europäischer Schultag" ins Leben gerufen, seit 1978 richtet die Europäische Bewegung Deutschland diesen größten und bestens etablierten Schülerwettbewerb unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten in Deutschland aus. Jährlich nehmen bis zu 200.000 Schülerinnen und Schüler daran teil.

Nach einer organisatorischen und inhaltlichen Neuausrichtung, die 2008/2009 stattgefunden hat, startet der Europäische Wettbewerb im Sommer 2009 erstmals unter den neuen Modalitäten. Am 8. September 2009 wurde gemeinsam mit **Helmut Rau** MdL, Kultusminister des Landes Baden-Württemberg die neue Runde des Europäischen Wettbewerbs vorgestellt. Das Land Baden-Württemberg hat aktuell den Vorsitz im so genannten Lenkungsausschuss inne.

Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland sieht in der Neuausrichtung des Europäischen Wettbewerbs einen guten Schritt, Qualität und hohe Teilnahme zu sichern und setzt sich bei der Umsetzung weiterhin für die aktive Einbindung der Zivilgesellschaft und der ehrenamtlichen Unterstützer vor Ort ein. Insbesondere Landes-, Kreis- und Ortsverbände der Europa-Union Deutschland unterstützen den Europäischen Wettbewerb.

7.3 Preis Frauen Europas – Deutschland

Der Preis Frauen Europas – Deutschland wird seit 1991 vom Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland verliehen. Damit werden Frauen geehrt, die sich durch ihr ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement in besonderer Weise für das Zusammenwachsen und die Festigung eines vereinten Europas einsetzen. Die Preisverleihung findet jedes Jahr in einem feierlichen Rahmen statt. Die Preisträgerin erhält mit einer Brosche eine symbolische Auszeichnung - wichtig sind die Ehrung und die Bildung eines Netzwerks europäisch engagierter Frauen.

Die Mitgliedsorganisationen des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland werden einmal im Jahr aufgerufen, um geeignete Kandidatinnen vorzuschlagen. Auf diese Weise ist der Preis Frauen Europas auf breiter gesellschaftlicher Ebene verankert und will auf diese Weise insbesondere solche Frauen fördern, die mit ihrem Engagement bislang nicht so stark in der Öffentlichkeit gestanden haben.

Präsidentin des Preises ist **Irina Prinzessin zu Sayn-Wittgenstein**, die selbst im Jahr 1994 den Preis Frauen Europas – Deutschland bekam.

Z:\EBD\PRO\EKEV\Konzepte\EBD PRO EKEV Konzept 100415.doc